

## Die einzelnen Vorstösse im Detail mit direkten Zitaten:

### Dringliche Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/ Tabea Rai, AL) Schaffen wir das? Solidarität für und mit allen geflüchteten Menschen und zwar jetzt!

- „Medizinische Unterversorgung, verunmöglichte Teilhabe, Rayonverbote, Beschäftigungsverbote und ein Leben in extremer Armut sind Verhältnisse, die kein Mensch ertragen müssen sollte. Etliche Male wurden auf diese Missstände aufmerksam gemacht.“
- „Dass das ziemlich einfach – zumindest ein bisschen – besser gehen würde macht der Kanton Basel-Stadt und der Kanton Schaffhausen vor. So beträgt die Nothilfe dort 12 Franken, was immer noch sehr wenig aber besser ist. Auch sorgen sich beide Kantone besser um menschenwürdige Unterbringungen: Im Kanton Basel-Stadt gibt es keine Rückkehrzentren, wobei insbesondere vulnerable Personen in Wohnungen untergebracht werden. In Schaffhausen werden gar grundsätzlich alle abgewiesenen Asylsuchenden in Wohnungen untergebracht“
- „Auch mit einem F-Ausweis ist das Leben in der Schweiz prekär. Die vorläufig aufgenommenen Geflüchteten müssen sehr schnell Sozialhilfeunabhängig sein. Der F-Ausweis ist eine Anwesenheitsregelung und wird so der Realität nicht gerecht, da fast die Hälfte der vorläufig Aufgenommenen bereits über sieben Jahre in der Schweiz leben. Immer mit dem Wissen und der Angst, dass ihnen dieser Titel jederzeit entzogen werden könnte. Auch die Mobilität für Menschen mit F-Ausweis ist enorm eingeschränkt.“
- „Wir sind alle in der Pflicht, jetzt Verantwortung zu übernehmen! Wir als Mitglieder des Stadtrates wie auch der Gemeinderat. Unsere Aufgabe ist es, öffentlich Stellung zu nehmen, mehr dafür zu machen, dass diese Menschen, die durch unsere Politik an den Rand der Gesellschaft getrieben werden, nicht vergessen gehen. Unsere Aufgabe ist es, für die Rechte aller Menschen einzustehen. Insbesondere für die Rechte von Menschen, deren mittel massiv eingeschränkt sind, selbst für ihre Rechte zu kämpfen. Das bedeutet Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, das bedeutet aber auch politische Arbeit.“
- „Das bedeutet sich öffentlich und politisch dafür einzusetzen, dass die Politik von Kanton und Bund sich ändert. Und zwar jetzt!“
- „Deshalb fordern wir den Gemeinderat dazu auf:
  - 1. Die Solidarität mit der die ukrainischen Geflüchteten begegnet werden, muss auch für Geflüchtete anderer Regionen in der Welt gelten. Der Gemeinderat nimmt öffentlich Stellung zu der Situation in Ländern, aus denen viele Geflüchtete den Weg in die Schweiz suchen und finden und solidarisiert sich mit den Leidtragenden, wie das mit den Geflüchteten aus der Ukraine geschehen ist
  - 2. Der Gemeinderat setzt sich öffentlich und vor allem auch beim Bund und Kanton Bern dafür ein, dass sich die Zustände für alle geflüchteten Menschen in der Schweiz bessern. So setzt er sich auch dafür ein, dass der F-Status verbessert wird.
  - 6. Der Gemeinderat setzt sich beim Kanton dafür ein, dass Rückkehrzentren abgeschafft werden und insbesondere für vulnerable Geflüchtete, Familien und unbegleitete Minderjährige Wohnungsbedingungen geschaffen werden, die menschenwürdig sind.
  - 8. Der Gemeinderat richtet in Bern eine unabhängige Ombudsstelle ein, bei der sich Asylsuchende, abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers und anderswie illegalisierte Menschen melden können und anonym Beschwerden einreichen können.“

Dringliche Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/ Eva Chen, AL): Schaffen wir das? Widerstand gegen die unmenschliche Asylpolitik von Bund und Kanton

- „Mit 8 Franken pro Tag sollen Menschen in den Rückkehrzentren die Bedürfnisse des täglichen Leben abdecken: Nahrung, Kleidung, Hygiene, Handy und auch den öffentlichen Verkehr bezahlen, den sie, aufgrund der Strecken, die die Menschen zurücklegen müssen um in eine Stadt zu gelangen, Freunde zu treffen oder eine Rechtsberatungsstelle zu besuchen, nicht ansatzweise bezahlen können. Auch gibt es in den Kollektivunterkünften keine Privatsphäre. Der Regierungsrat M. hat rigide und schikanöse Regeln wie die Melde- und Anwesenheitspflicht eingeführt, für die es keinerlei rechtliche Grundlagen gibt. Gründe dafür gibt's ohnehin keine. Polizeirazzien und Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Die Nothilfe wurde als vorübergehende Lösung eingeführt. Für viele Menschen, auch in Bern, ist sie ein Dauerzustand. Abgewiesene Asylsuchende sind „illegal“ in der Schweiz. So können sie bei Polizeikontrollen mit bis zu 1000 CHF gebüsst werden. Nur weil sie in der Schweiz sind. Mit den Notfallpapieren, die sie kriegen, ist es ihnen nicht möglich, das Land zu verlassen, aber auch nicht erlaubt, im Land zu bleiben.“
- „In Eritrea gibt es den Nationaldienst welcher für alle Pflicht ist. Es ist weitestgehend bekannt, dass dieser unbefristeter Zwangsarbeit gleichkommt, dass Folter und Willkür an der Tagesordnung sind.<sup>78</sup> Offenbar nicht genug, um die Schweizer Behörden davon zu überzeugen, dass sie Schutz brauchen weshalb viele Menschen aus Eritrea nun illegal in der Schweiz leben müssen. Denn das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen verlangt eine „hohe Wahrscheinlichkeit“ einer Misshandlung, welche für sie nicht gegeben ist.<sup>9</sup> Die Schweiz ist in Europa ziemlich alleine mit dieser Einschätzung.“
- „Wo bestimmten Menschengruppen das Recht auf Rechte verwehrt bleibt, wo viele Menschen keine Stimme haben, wo die Strukturen des Staates Menschen in die Armut drängen, in unmenschliche Wohn- und Lebenssituationen, muss die Stadt Bern Verantwortung übernehmen. Da müssen Vorgaben umgangen werden, um eine Gesellschaft für Alle, eine „Stadt der Beteiligung“ einzurichten. Wo der „Handlungsspielraum“ fehlt, muss dieser erzwungen werden!“
- „Deshalb fordern wir den Gemeinderat dazu auf:
  - 1. Der Gemeinderat bezieht selbst Position und umgeht Vorgaben auf Kantonal- und Bundesebene, um den Geflüchteten Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.
  - 2. Der Gemeinderat arbeitet eine Strategie aus, die es den Menschen aus dem Bundesasylzentrum in Bern, die in Nothilfe rutschen, ermöglicht, in Wohnungen – private und städtische – in der Gemeinde Bern unterzukommen. Damit soll verhindert werden, dass Geflüchtete Menschen in den unmenschlichen Rückkehrzentren leben müssen. Familien mit Kindern und unbegleitete Minderjährige haben dabei Vorrang.
  - 3. Der Gemeinderat Bern widersetzt sich dem Nothilfesystem, welches die Menschen in die Armut treibt und zahlt allen betroffenen Menschen in der Gemeinde Bern Sozialhilfe aus.
  - 4. Der Gemeinderat ermöglicht es allen geflüchteten Menschen in Bern zu arbeiten, wie dies mit dem Schutzstatus S beispielsweise für alle Ukrainer\*innen auch der Fall ist und unterstützt diese bei der Arbeitsmarktintegration.
  - 5. Der Gemeinderat unterstützt alle geflüchteten Menschen beim zusammenführen ihrer Familien aus anderen Kantonen oder aus anderen Ländern.“

Dringliche Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA / Tabea Rai, AL): Schaffen wir das? Wir brauchen eine Kommission für Migration und Flucht!

- „Längst nicht alle haben in der Stadt Bern den gleichen Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung. Längst nicht alle können sich sicher sein, alle Grundrechte gewährt zu haben. Längst nicht alle, werden als „Einheimische“ respektiert, sondern immer noch als „Fremde“ gelesen, obschon sie nirgendwo anders hingehören. Längst nicht alle können barrierefrei an der Gesellschaft teilhaben. Geschweige denn auf Augenhöhe. Längst nicht alle haben eine Stimme. Und nicht zuletzt: längst nicht alle sind genügend in der Politik vertreten.“
- „Diese Menschen brauchen eine Stimme, diese Menschen und ihre Anliegen müssen in der Politik angemessen vertreten sein. Auch in der Stadt Bern, in der rund ein Viertel der Wohnbevölkerung Ausländer\*innen sind.<sup>1</sup> Solche Diskussionen und politischen Arbeiten dürfen und können nicht aus einem reinen Dominanzdispositiv heraus entstehen. Für einen wahren Wandel, damit Projekte wie etwa die von der Stadt schon seit langem angestrebte „City Card“ nachhaltig umgesetzt werden können, müssen Menschen, die heute noch keine Stimme haben mit einbezogen werden, auch in die parlamentarischen und politischen Prozesse. Die Akzeptanz diskriminierter Menschen durch diejenigen, die keine Diskriminierung erfahren und eine Stimme haben ist nicht genug, um wirklich was zu ändern.
- „Deshalb wird der Gemeinderat wie folgt beauftragt:
  - o 1. Eine Kommission Rassismus, Migration und Flucht zu schaffen, in der die Gemeinderät\*innen und Ämter, die eine besondere Verantwortung innerhalb dieser Themen haben vertreten sind.
  - 2. Nebst ständigen Vertreter\*innen aus dem Stadtrat und den zuständigen Ämter und Gemeinderät\*innen sind in dieser Kommission analog zur Energie- und Klimakommission auch unabhängige Expert\*innen und Menschen aus der Zivilgesellschaft aus verschiedenen Kulturen und gesellschaftlichen Bereichen und Schichten vertreten.
  - 3. BiPoC und Menschen mit Migrationsvorsprung müssen dabei einen zentralen und ständigen Platz in der Kommission haben, insbesondere auch solche ohne Stimmrecht in der Schweiz.
  - 4. Diese Kommission ist mit speziellem Auftrag zuständig für die Förderung transkultureller Kompetenz, dem Abbau von Rassismus und rassistischer Vorurteile. Dazu führt sie jährlich auch verschiedene Veranstaltungen durch.
  - 5. Diese Kommission muss bei allen relevanten Geschäften miteinbezogen werden und Vorschläge anbringen können, wie die Politik und Gesellschaft stärker sensibilisiert werden können.
  - 6. Diese Kommission muss Vorstösse ausarbeiten können, welche dann im Stadtrat und den zuständigen Kommissionen bearbeitet werden müssen.“

Kleine Anfrage Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA / Eva Chen, AL): Wo steht die Stadt bei der Einführung der City Card

- „Durch die City Card wird allen Menschen die Teilhabe an der Stadt ermöglicht, in der sie leben. Ein Bankkonto eröffnen, sich im Spital behandeln lassen, ein Handyabo abschliessen oder einen Diebstahl bei der Polizei zu melden; was für uns vermeintliche Alltagshandlungen sind, bedeutet für Sans-Papiers kaum überwindbare Hindernisse.“
- „ Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:
  - o 1. Wo stehen die Stadt Bern und der Gemeinderat bei der Umsetzung der City Card?  
[...]

3. Was sind die Überlegungen der Stadt Bern bezüglich der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern, um die Anerkennung der City Card für den Raum der Gemeinde Bern zu gewährleisten?“

- Die letzte Frage bezieht sich darauf, dass es in der Stadt Bern keine Stadtpolizei mehr gibt, was bei solchen Vorhaben ein grosses Problem ist, weil die Kantonspolizei solche Ausweise höchstwahrscheinlich nicht akzeptieren wird. Deshalb muss eine Strategie ausgearbeitet werden, wie der bürgerlich-konservative Kanton und seine Behörden solche Initiativen der Gemeinde der Stadt Bern akzeptieren.